



Bleibestädte. Ankommen in der Migrationengesellschaft

Gabu Heindl

Alle, die hier sind, sind von hier.¹

←

Gabu Heindl ist Architektin, Stadtplanerin, Aktivistin und Gründerin des Büros GABU Heindl Architektur in Wien. Sie ist Diploma Unit Master an der Architectural Association in London und Visiting Professor an der Sheffield School of Architecture. Foto: Katharina Gossow

1 | „Les gens qui sont ici sont d'ici“. In : La Distance politique, 1996.

2 | Diese geringere Wohnfläche geht, wohlgemerkt, nicht einmal mit entsprechend geringen Wohnkosten einher, da MigrantInnen auf den privaten Markt angewiesen sind, auf dem Mietpreise zum Großteil ungeregelt sind. Vgl. EU-SILC 2018 und Statistik Austria, Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren. Wien 2019, S. 80.

Ankommen

Städte wie Wien sind Zentren der Migration, sie sind Orte der Chancen und Versprechungen für alle, die in die Stadt ziehen, ob aus Bundesländern oder aus anderen Kontinenten. Weltweit sind Städte aber auch Destinationen der Flucht, zu der die kapitalistische Aneignung und Monopolisierung von Grund und Boden Menschen zwingt. Neokoloniales *Land Grabbing* – Landraub – umfasst den oft konflikthaften Kampf um Land und Ressourcen bis hin zu sozialen und ökologischen Katastrophen.

Wien hat eine lange Migrationsgeschichte und wäre ohne diese nicht die vielgepriesene, lebenswerte Stadt. Dennoch verschärfen sich auch hierzulande rassistische Ideologien und Politiken. Nicht jeder Mensch, der hier ist, hat die gleichen Rechte: Fast ein Drittel aller WienerInnen ab 16 Jahren sind nicht wahlberechtigt, in absoluten Zahlen ist das fast eine halbe Million. Unter den Menschen, die in Österreich leben, aber nicht aus Ländern der EU oder EFTA gekommen sind, besteht ein Armutsrisiko von 46 Prozent. MigrantInnen steht im Schnitt ein Drittel weniger Wohnfläche zur Verfügung.² Ankommen in Wien heißt für so manche und manchen, symbolisch und praktisch rechtlos, unsichtbar, politisch oder öffentlich nicht repräsentiert zu sein.

Bleiben

Wer an einem Ort bleiben möchte, braucht einen Platz zum Wohnen, sucht Vernetzung, Tätigkeit, Anerkennung und vieles mehr. Es kommt aufs Ankommen an. Wenn wir nun über Wohnen nachdenken: Wo gibt es in der Ankunftsstadt Wien „Ankunfts-Wohnungen“? Über lange Zeit gab es in den gründerzeitlichen Vierteln die sogenannten „Bassena“-Wohnungen der Kategorie D: ohne Bad und mit WC am Gang, die deshalb sehr günstig waren – und deren Standard man selbst erhöhen konnte (Bad einbauen, Wohnungen zusammenlegen, etc.), ohne dass die Miete stieg. In den letzten 50 Jahren wurden die Gründerzeitviertel im Rahmen der von der Stadt

Wien unterstützten „sanften Stadterneuerung“ saniert und wurde die Wohnqualität erhöht. Die zentrumsnahen Viertel werden heute die „Bobo-Viertel“ genannt: nach ihren Bohemian Bourgeoisie-BewohnerInnen. Bis heute findet durch die Sanierung von Bassena-Häusern deren Qualitätsverbesserung und zugleich Gentrifizierung statt.

Ankunfts-Wohnungen im Sinn von günstigen und einfachen Wohnungen böte auch der Gemeindebau. Allerdings werden dort durch ein Zugangssystem mit entsprechenden Ausschlusskriterien Nicht-WienerInnen diskriminiert. Zugangshürden und ein „Wien-Bonus“ auf Basis von Meldezeit sorgen dafür, dass viele Menschen, die erst vor kurzem nach Wien gezogen sind (also nicht nur Menschen, die aus Krisengebieten nach Wien geflüchtet sind, sondern auch Zuziehende aus den Bundes- oder Nachbarländern, aber auch all jene, die aus diversen Gründen nicht gemeldet waren), kaum Zugang zu kommunalem Wohnbau finden. Erst 2006 musste die Wiener Stadtpolitik nach einer EU-Rüge die Gemeindebauten für EU-BürgerInnen öffnen. 2015 änderte die Stadt Wien die Richtlinien der Vergabe von geförderten Wohnungen durch „Wiener Wohnen“ und führte den „Wien-Bonus“ ein. Dieser bedeutet, dass BewerberInnen für die Aufnahme in die Liste für geförderte Wohnungen ein mindestens zwei Jahre lang durchgängiges Melde-Verhältnis an einer Wiener Adresse vorweisen müssen.³ Hier sind Parallelen zum Beginn der an sich beeindruckenden Gemeindebau-Geschichte, also zum historischen Roten Wien frappant. Auch im Roten Wien bevorzugte ein Punktesystem zur Wohnungsvergabe Einheimische: Österreichischer Staatsbürger zu sein war einen Punkt wert, in Wien geboren zu sein vier Punkte, seit 1914 ansässig zu sein vier Punkte; für Obdachlose, Kriegsbeschädigte oder Gekündigte gab es jeweils fünf Punkte. Man nannte dies eine „gewisse Schutzmaßnahmen gegen (fremdländische) Zuwanderung“.⁴

Proletariat neu

Die Frage des Wohnens, mehr noch des Zusammenlebens von Bevölkerungen, die zunehmend (ob freiwillig oder unfreiwillig, wobei das natürlich konkret einen großen Unterschied macht) nicht ortsgebunden leben bzw. eine Flucht antreten, stellt sich heute dringlicher denn je. Und vieles spricht dafür, in Hinblick auf Migrationsgesellschaften einen Gedanken von Jacques Derrida aufzugreifen, um die historische Frage der BewohnerInnen des ArbeiterInnenwohnbaus zu aktualisieren: Die ehemals proletarische Internationale gelte es heute als eine Internationale der *Displaced Persons* und *Displaced People*⁵ zu begreifen. Proletariat, also die Erfahrung, besitzlos, ausgebeutet, ohne (volle) politische Rechte und sozial ungesichert zu sein, ist heute etwas, das es abseits von nationalstaatlichen Identitätsrahmen zu verstehen gilt; und ein egalitärer Internationalismus, Transnationalismus, globaler Humanismus muss sich als Solidaritäts-Einrichtung bewähren im Kontext weltweiter Arbeitsmigration und Fluchtmigration. Diesbezüglich bedeutet die Bildung von Allianzen gegen den Neoliberalismus vor allem, Klassenfragen, Rassismuskritik, feministische und queere Projekte nicht gegeneinander auszuspielen. Es geht vielmehr um

→

„Intersektionales Stadthaus“, GABU Heindl Architektur 2016. Foto: Alejandra Loreto.

3 | Dazu kommt in einer weiteren Verschärfung, dass die Dauer eines Hauptwohnsitzes in Wien eine Vorrückung in der Warteliste bewirkt: „Personen, die bereits länger in Wien wohnhaft sind, können einen Bonus von bis zu 9 Monaten in der Reihung der Angebotslegung erhalten. Für jeweils volle 5 Jahre, für die eine Person ihren Lebensmittelpunkt in Wien nachweist, werden 3 Monate gutgeschrieben. Es werden maximal 15 Jahre angerechnet.“ Stadt Wien: „Wien-Bonus – Unser Stadtvorteil“. <https://www.wien.gv.at/politik-verwaltung/wienbonus/> (Stand: 11.04.2019).

4 | Helmut Weihsmann: Das Rote Wien. Wien: Promedia 2002, S. 37.

5 | Jacques Derrida: „The principle of hospitality“. In: Parallax 11.1, 05.08.2006, S. 6–9.



die Konzeption und praktische Einrichtung einer neuen, intersektionalen Hegemonie, in der die „soziale Frage“ verbunden ist mit Migrationspolitik und postkolonialen Agenden sowie ökologischen Maßnahmen im Rahmen einer globalisierten Ökonomie. Mein Ansatz zielt also in Richtung erweiterter Handlungsmacht, etwa beim Wohnen, und der Beteiligung von Frauen, MigrantInnen und Minderheiten an politischer Macht und an Geltung im öffentlichen Raum.

Sanctuary Cities

Als „rebellische Städte“⁶ übernehmen *Sanctuary Cities* – was sich mit „Städte der Zuflucht“ übersetzen ließe – einige der Aufgaben, die heute von den Nationalstaaten nicht geleistet werden, vor allem beim Thema Migration. Während viele Nationalstaaten Europas daran arbeiten, ihre jeweiligen Grenzen zu militarisieren und zu schließen, sehen und formulieren neue municipalistische Bewegungen Migration als Potenzial, nicht als Problem; dies in dem Bewusstsein, dass es eben ohne Migration keine Stadt gibt. Weltweit organisieren sich seit Ende des 20. Jahrhunderts *Sanctuary Cities*, die aktiv gegen ausgrenzende staatliche Migrationspolitiken vorgehen. Unter ihnen finden sich heute neben Barcelona und Palermo mehrere britische Städte, wie z.B. Sheffield, und viele US-amerikanische Städte. Sie engagieren sich mit kommunalen und lokalen Mitteln gegen staatliche Abschiebungspraktiken und für gleichen Zugang zu öffentlichen Gütern für alle, also auch für Geflüchtete und *Sans-papiers*.⁷ In diesem Zusammenhang stehen auch Bemühungen um eine Urban Citizenship. Weil *Sanctuary Cities* unter Druck von konservativen oder rechtspopulistischen Nationalstaatsregierungen stehen, verbinden die Verwaltungen dieser Städte heute ihre lokalen, municipalen Politiken in einem globalen Maßstab zu Allianzen, indem sie Städtenetzwerke gründen. Darauf zielt das Netzwerk der *Fearless Cities* (dabei wieder prominent Barcelona), die sich der hegemonialen rechtspopulistischen Law&Order-Politik gezielt nicht anschließen. *Sanctuary* und zugleich *fearless*: Die rebellischen Städte versuchen, Hegemoniepolitik mit der Handlungsmacht lokaler Initiativen (*Popular Agency*) zu verbinden – und sind dabei selbst radikaldemokratische AkteurInnen.⁸ Würde Wien sich als *Sanctuary City* verstehen, gäbe es keine Ausschlusskriterien zum sozialen Wohnbau, sondern mehr an sozialem Wohnbau – und zwar so lange, bis es unter den Wenig-Besitzenden keinen Konkurrenzkampf um günstige Wohnungen mehr geben muss. Wien würde Wohnungen, Wahlen, Wohlfahrts-einrichtungen öffnen: für alle, die hier sind.

→
Solidaritätsdemo für
Menschen im griechischen
Flüchtlingslager Moria.
Wien, vor dem Haus der
Europäischen Union,
11.09.2020. Foto: Gabu
Heindl.

6 | David Harvey: *Rebel
Cities*. London, New York:
Verso 2013
7 | Jorge L. Carro:
„Municipal and State
Sanctuary Declarations:
Innocuous Symbolism or
Improper Dictates?“. In:
PEPP. L. REV. 16, 1988,
S. 297.
8 | Gabu Heindl: *Stadtkon-
flikte. Radikale Demokratie
in Architektur und
Stadtplanung*. Wien:
Mandelbaum 2020.

